

**REPUBLIK ÖSTERREICH**SICHERHEITSDIREKTION
FÜR DAS BUNDESLAND STEIERMARK

8011 Graz, Postfach 673

Zahl: - 4200/1937 -

Bei Beantwortung bitte angeben

Graz, 16.7.1987
8010 Graz, Pappenheimgasse 12
Durchwahl-Tel.: 31-5-31/ 30
Bearbeiter: Mag. Hirt

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Fremdenpolizeigesetz
geändert wird (Fremdenpolizeigesetz-
Novelle 1987);

hier: Begutachtungsverfahren.

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Dr. Karl Renner Ring 3
1017 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	35. -GE/9.87
Datum:	20. JULI 1987
Verteilt	22. Juli 1987 <i>Holl</i>

Dr. Hlavac

Gemäß Erl.Zl. 79.003/27 - II/14/87 vom 12.6.1987 des Bundes-
ministeriums für Inneres werden in der Beilage 25 Exemplare
der ho. Stellungnahme übermittelt.

Beilagen: 25

Für den Sicherheitsdirektor:

Hirt
(Mag. Hirt, Kmsr.)

**Republik Österreich**

Sicherheitsdirektion für das Bundesland

Steiermark

Graz, Pappenheimgasse 12

Datum 15.7.1987

Postfach 673, 8011 Graz,

Tel.: 31-5-31/ 30

Bearbeiter: Mag. HIRT

- 4200/1987 -

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Fremdenpolizeigesetz
geändert wird (Fremdenpolizeigesetz-
Novelle 1987);

hier: Begutachtungsverfahren.

Bezug: 1) Erl.Zl. 79.003/27 - II/14/87
vom 12.6.1987;
2) Erl.Zl. 20.395/9- II/3/87
vom 3.7.1987.

An

1.) das Bundesministerium für Inneres
- Abteilung II/14 -

in WIEN

2.) das Bundesministerium für Inneres
- Abteilung II/3 -

in WIEN

Die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Steiermark
beehrt sich nachfolgende Stellungnahme abzugeben:

Eingangs darf in bezug auf § 3/2/Ziff.2 Fremdenpolizei-
gesetz angemerkt werden, daß damit wohl die derzeitige
Vorgangsweise bei illegalen Grenzgängern insofern einer
Änderung bedarf, als für diesen Personenkreis wegen der
einmaligen schwerwiegenden Übertretung nach dem Grenz-
kontrollgesetz die Erlassung eines Aufenthaltsverbotes
nicht mehr in Frage kommt. In Hinblick auf die Häufig-
keit von illegalen Grenzgängern ergeben sich daher Be-
denken in bezug auf die Änderung der bisherigen Vorgangs-
weise. Dazu kommt noch, daß die Überprüfung von wieder-
holten oder mehrfachen Verwaltungsübertretungen nur möglich
ist, solange diese im Sprengel einer Verwaltungsbehörde

./.

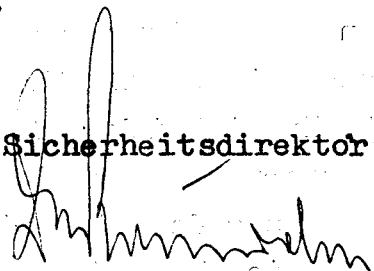
begangen wurden. Verteilen sich die Übertretungen auf mehrere Sprengel, ist eine Kontrolle nahezu unmöglich, weil es keine zentrale Verwaltungsstrafkartei gibt.

Zu Ziff.4 darf erwähnt werden, daß die Rechtskraft der Bestrafung eine zielführende fremdenpolizeiliche Maßnahme erschwert, weil gerade ausländische Prostituierte nicht lange an einem Ort (Animierlokal oder Bordell) bleiben, sondern diesen oft in rascher Folge wechseln. Durch den Gebrauch eines Rechtsmittels an eine höhere Instanz (im Verwaltungsstrafverfahren grundsätzlich aufschiebende Wirkung) wird die Rechtskraft bis zum Wechsel des Aufenthaltsortes hinausgezögert, so daß sich die oben zitierten Probleme ergeben. Es ist daher denkbar, daß ausländische Prostituierte zu Ziff.4 "unbehelligt" bleiben, weil die Rechtskraft einer Übertretung zwar im Bezirk A eingetreten ist, sie jedoch im Bezirk B aufhältig ist und der dort zuständigen Behörde die mittlerweile rechtskräftige Übertretung nicht bekannt ist.

Erfahrungsgemäß ist die geforderte Gewerbsmäßigkeit zu Ziff.5 bei "Schleppern" äußerst schwer zu beweisen. Dabei gilt es auch zu beachten, daß Schlepper häufig vom benachbarten Ausland aus agieren und im Falle eines einmaligen Betretens im Bundesgebiet die noch zu beweisende Gewerbsmäßigkeit ein zusätzlicher Hemmschuh für die Arbeit der Fremdenpolizeibehörden ist.

Bei Ziff.7 scheint die Formulierung einer "nicht bloß vorübergehenden Erwerbstätigkeit" nicht glücklich zu sein, weil es unklar ist, was darunter zu verstehen ist. Genügt es, wenn A in den letzten 5 Jahren jeweils nur 6 Monate pro Jahr gearbeitet hat, um so in den Genuß von Unterstützungen zu kommen (dann wären auch Mittel vorhanden) oder bedarf es einer Beschäftigung von zusammenhängend mindestens einem Jahr und gesamt gesehen mehrere Jahre? Denkbar wären auch jene Fälle, die 4 Jahre gearbeitet haben und nach dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung und der Notstandshilfe keinen Arbeitsplatz gefunden haben.

Der Sicherheitsdirektor:



(Hofrat Dr. REINWEBER)